

# paperpress

.....N e w s l e t t e r.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt). Redaktion: Chris Landmann (Chefredakteur), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters: E-Mail: post@paperprsss.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Auflage Printausgabe: 2.000 Exemplare. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newslettertexte auch auf www.paperpress.org.

Nr. 481 0

13. Mai 2012

37. Jahrgang

## Die Welt aus Spandauer Sicht

Den Gag mit dem Liedertext von Pipi Langstrumpf „Ich mache mir die Welt, so wie sie mir gefällt“, hatten wir schon als Reaktion auf eine Kontroverse bei Facebook unter SPD Genossen. Für **Ulrike Sommer** aus Spandau könnte Pipi ihr Lied auch noch einmal singen.

Frau Sommer ist nicht diejenige, die wir Älteren aus der Kaffeewerbung der 70er Jahre kennen, und die uns jetzt wieder die schwarze Brühe andrehen will, nein die Spandauer Frau Sommer ist die des mächtigen DGB-Bosses, im Hauptberuf aber Journalistin, Schriftstellerin und SPD-Politikerin, wie sie sich selbst auf ihrer Homepage [www.sommer-spandau.de](http://www.sommer-spandau.de) bezeichnet.

Am 5. Mai nimmt sie auf ihrer Seite Stellung zu dem ungeheuerlichen Vorgang, dass zwei SPD-Abteilungen, „ausgerechnet aus Spandau“, ein Mitgliederbegehren in der Frage der Neuwahl des SPD-Landesvorsitzenden beantragt haben. Das ist wirklich eine Schande, „ausgerechnet aus Spandau“, wo doch **Raed Saleh** und **Hans-Georg Lorenz** sonst alle und alles im Griff haben. „Wenn der SPD-Landesvorstand dem nachgeben würde, dann wären wir bald komplett gelähmt“, schreibt die Journalistin. Tja. Was soll man dazu sagen. Da gibt es Statuten, die offenbar, wenn man sie anwendet, die Partei „komplett“ lähmen könnten. Was hat sich der Bundesparteitag bloß dabei gedacht?

„Es geht um die Frage, ob es einen Mitgliederentscheid darüber geben soll, ob wir eine Mitgliederbefragung darüber machen wollen, wer der nächste Vorsitzende wird. Und das Ganze hätte, schon aus rechtlichen Gründen, nicht einmal bindende Wirkung auf die Delegierten des Landesparteitags“, erklärt sie den Vorgang ihren Leserinnen und Lesern. Bindende Wirkung nicht, liebe Frau Sommer, Sie wissen aber schon, weil sie vermutlich gut recherchiert haben, dass sich bei einer Mitgliederbefragung, in der es um Kandidaten für ein Amt geht, der unterlegene Bewerber nicht auf dem folgenden Wahlparteitag antritt. Um das sicherzustellen, hat er vorher eine Erklärung unterschrieben. So gesehen, hat eine Mitgliederbefragung durchaus entscheidenden Charakter.

Wenn alles nicht so geschmiert läuft, wie man sich das denkt, wenn man einen Vorsitzenden nicht mehr haben will, finden sich immer schnell Schuldige. Im Unterstützerlager von **Jan Stöß** ist der Hauptschuldige seit Wochen bekannt und wird auch als solcher benannt. Frau Sommer outet ihn: „**Ulrich Zawatka-Gerlach** vom Tagesspiegel, der schon seit Wochen williger Helfer

derer ist, die Feuer legen unter einen ganz normalen demokratischen Vorgang (und nichts anderes ist eine weitere Kandidatur für die Wahl des Landesvorsitzenden), treibt auch hier sein böses Spiel.“ Da muss man sich wirklich fragen, was für eine Art Journalistin **Ulrike Sommer** ist. Einen Tagesspiegel-Journalist als Brandstifter zu bezeichnen, ist wirklich nah an der Kotzgrenze. Frau Sommer hat allerdings vergessen, sich bei den „willigen Helfern“ anderer Medien zu bedanken, die ihre Position und ihren Kandidaten unterstützen, denn das wäre gerecht.

„Ohne zu hinterfragen, was wirklich in der SPD los ist, schwadroniert er von einem ‚nicht ganz einfachen basisdemokratischen Weg, einen neuen SPD-Landeschef zu finden‘ und träumt davon, dass dies ein Modell für die gesamte SPD werden könne. Hoffentlich nicht.“ Jemanden, der seit Jahrzehnten die Landespolitik in Berlin an vorderster Stelle beobachtet, zu unterstellen, er würde nicht „hinterfragen“ und wisse eigentlich gar nicht was los ist, disqualifiziert Frau Sommer als ernstzunehmende Journalistin.

„Nun, ich werde auch weiter im Landesvorstand gegen dieses nur vordergründig basisdemokratische Verfahren stimmen“, teilt sie mit. Vielleicht gibt es doch eine Verbindung zu der Kaffeetante aus der Werbung. Vermutlich hat sie einfach zu viel von dem Zeug getrunken. Anders ist ihre hyperaktive Schreibe nicht zu erklären.

Natürlich ist es „keineswegs undemokratisch, einen Landesvorsitzenden auf einem Parteitag zu wählen. So ist **Michael Müller** vier Mal gewählt worden, es sollte ihm auch beim fünften Versuch gut genug sein.“ Gute Journalisten würden an der Stelle hinzufügen, dass es vormals keine Gegenkandidaten gegeben hat.

Und weiter geht es mit Behauptungen, die einer Nachprüfung nicht standhalten: „Die Delegierten sind soeben aus demokratischen Wahlen hervor gegangenen. Ihnen jetzt gleich als erstes das Recht abzusprechen, auch selbst zu wählen, ist kein guter Start für einen Landesvorsitzenden, der mit diesen Delegierten die nächsten zwei Jahre auskommen muss“, schimpft sie weiter. Niemand spricht irgendjemand ein Recht ab. Nur Sie, verehrte Frau Sommer, wollen nicht, dass die Mitglieder ihrer Partei ihre Rechte wahrnehmen und ein Votum über den neuen Landesvorsitzenden abgeben.

Jetzt werden die bösen Spandauer abgestraft: „Dass die Spandauer Abteilungen, die dieses Verfahren nun in Gang gesetzt haben, keine Landesparteitagsdelegierten stellen, hat damit zu tun, dass ihre Vertreterinnen und Vertreter aus politischen Gründen keine Mehrheit auf der Kreisdelegiertenversammlung gefunden haben. Das passiert. Es ist nicht schön für die Betroffenen, gewiss. Aber ist demokratisch.“ An dieser Stelle habe ich den schweren Verdacht, dass sich Frau Sommer nicht einmal die Mühe macht, die Kaffeebohnen zu mahlen und heißes Wasser darüber zu gießen, sondern sie roh und in größeren Mengen zu sich nimmt. Wie in Spandau, und vor allem wer und warum gewählt wurde, kann man in unserem Beitrag „Auflösung der Flügel“ vom 8. Mai 2012 nachlesen ([www.paperpress.org](http://www.paperpress.org)). So einfach, wie Frau Sommer uns das erklären will, ist es eben nicht.

Nachdem sie mit ihren eigenen Leuten aus Spandau und einem Tagesspiegel-Journalisten abgerechnet hat, ist nun **Michael Müller** an der Reihe. „Dass **Michael Müller** im März noch gehöhnt hat, er würde das Ergebnis einer basisdemokratischen Entscheidung über ein Nachtflugverbot in Schönefeld nicht beherzigen, ist zu beachten.“ Hohn entdecke ich nur im Beitrag von Frau Sommer. Der Unterschied zwischen einer Mitgliederbefragung zu einem Sachthema, bei dem es wirtschaftliche und rechtliche Fragen zu beachten gibt, die auch nicht in der Macht eines Senators liegen, und einer Befragung über einen Parteiposten, müsste einer klugen Frau wie Frau Sommer eigentlich klar sein. Und wenn es rechtliche Gründe gibt, das S-Bahn-Netz auch teilweise auszuschreiben, kann dies der Senat nicht verhindern, weil die Mitglieder einer Partei dies nicht wollen. Da kann sich auch Herr Stöß aufregen und von klaren Parteitagsbeschlüssen gegen eine Teilausschreibung der S-Bahn sprechen, Parteitagsbeschlüsse können rechtliche Vorgaben nicht aushebeln. Wenn **Jan Stöß** einen Landesvorsitzenden fordert, der die S-Bahn-

Beschlüsse der Partei „aktiv vertritt“, dann ist das nicht mehr als eine Seifenblase. Er kann aktiv oder hyperaktiv vertreten, was er will, er muss sich aber daran halten, was Recht ist. Und wenn er dies nicht will und kann, ist er für einen Posten wie den des Landesvorsitzenden untragbar.

Und weiter geht es in der Märchenstunde der Frau aus Spandau: „**Michael Müller** war nie ein Anhänger des Plebiszites. Er möchte es jetzt wohl nutzen, weil er merkt, dass die aktiven Mitglieder ihm nicht mehr vertrauen und er hofft, dass er größere Chancen bei den inaktiven Mitgliedern hätte. Da spiegelt sich nicht etwa Freude an der Basisdemokratie. Das ist reine Machtpolitik, legitim, sicher. Aber es muss klar benannt werden.“ Wie gesagt, Märchenstunde. Niemand kennt das Ergebnis einer Mitgliederbefragung im Voraus. Es gibt keine Hochrechnungen, keine Umfragen. Warten Sie doch einfach die Befragung ab, Frau Sommer, warum so nervös? Vor allem, setzen Sie bitte endlich diesen extremen Kaffeekonsum ab, er schadet ihnen und dem Ansehen der SPD-Spandau.

„Unabhängig vom aktuellen Fall: Wenn das, was jetzt gerade passiert, Schule machte, dann könnte jeder mal rasch ein Mitgliederbegehren zu allerlei Themen in Gang setzen – und schon wäre ein Parteitag verschoben.“ Diese neuen Statuten der SPD sind wirklich schlimm. Was hat sich die Partei dabei bloß gedacht? Man hätte doch vorher Frau Sommer fragen müssen, damit dieser Unsinn nicht beschlossen wird.

Im weiteren Verlauf des Beitrages steigert sich Frau Sommer und man sieht förmlich schwarzen Schaum aus ihrem Mund treten. Sie wettet weiter und findet endlich das Totschlagargument: „Pleite wäre die Partei auch noch, denn Basisdemokratie dieser Sorte kostet Geld.“ Das hat wohl der Bundesparteitag nicht bedacht, dass Basisdemokratie Geld kostet, verflixt.

Es gibt – immerhin – einen Kommentar dazu auf Frau Sommers Seite. „Niemand behauptet“, schreibt ein Matthias, „es sei undemokratisch, Personal durch Delegierte bestimmen zu lassen. Es ist jedoch genauso nicht undemokratisch, die anderen, in Satzung, Partei- und Wahlgesetzen vorgesehenen Wege zu beschreiten, um Personal auszuwählen, das die SPD repräsentieren soll, als Parteifunktionär oder als Kandidat für öffentliche Ämter. Die Abteilungen Stadtrand und Südpark/Tiefwerder nehmen ganz einfach nur ihre Rechte wahr. Das mag anstrengend sein, ist aber halt demokratisch. Beide Abteilungen sind, das hast Du richtig dargestellt, nicht beim Landesparteitag vertreten. Einmal ein Grund mehr, die anderen Wege zu beschreiten, die – das magst Du mit Kostenargumenten bekämpfen wie Du nur willst – nun einmal frei sind.“

Gewählt wurden die Vertreter dieser Abteilungen auch deshalb nicht, weil Du, liebe Ulrike, dann auch noch durch die Reihen der Kreisdelegierten, jedenfalls die, die Du einschwören konntest, gegangen bist, um nach Dir auch noch Deine Tochter zur Landesparteitagsdelegierten machen zu lassen – und zur 4. Delegierten aus Deiner eigenen Abteilung. Alles demokratisch abgestimmt worden. Demokratisch organisiert, um präzise zu sein.

Der Vorsitzende der Abteilung Stadtrand, **André Dietzschke**, hat einen einstimmigen Beschluss seiner Abteilung ausgeführt. **André Dietzschke** macht damit nichts ‚demokratisch organisiert‘, sondern er organisiert Demokratie. Ein himmelweiter Unterschied. Wohl wahr: Das entspricht keineswegs Deinem Bild von demokratischer Entscheidungsfindung, wie man leicht nachweisen kann. Am 20. Februar hast Du in einem anderen Blogbeitrag („Bundespräsident: Schlechte Parteien“) geschrieben: ‚Es sollte immer in kleinem Kreis diskutiert und entschieden werden, wer etwas werden sollte.‘ Das ist Deine Haltung, und ich danke Dir für Deine Ehrlichkeit. Es ist nicht unsere Haltung. Und das war jetzt auch ehrlich.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

**Ed Koch**